

Gegen den AfD-Parteitag, Rassismus und falsche Toleranz



Am Sonntag den 24. März soll im Wandsbeker Bürgersaal der Parteitag der Hamburger AfD zur Vorbereitung der Europa- und Bezirkswahlen stattfinden. Vermieter ist das Bezirksamt - SPD und Grüne begrüßen dieses ausdrücklich. Der Wahlkampf der AfD wird sich neben der Agitation gegen die EU und Brüssel sowie für einen möglichen Dexit, vor allem gegen Ihr Hauptfeindbild richten: Gegen Geflüchtete, Muslime und Eingewanderte und gegen diejenigen, welche die AfD für deren Unterstützer*innen hält. Wohin solche Hetze führt, wurde aller Welt vor wenigen Tagen auf brutalste Weise demonstriert. Bei einem rechtsterroristischen Attentat im neuseeländischen Christchurch wurden 50 Menschen in zwei Moscheen ermordet. In seinem schriftlichen Bekenntnis hetzt der Haupttäter sowohl gegen Muslime und propagiert die Vorherrschaft der „weißen Rasse“, wie auch gegen Politiker, wie explizit Angela Merkel, welche angeblich einen „großen Austausch“ einer vermeintlich angestammten Bevölkerung durch eine „islamische Invasion“ betreiben würden. Solche Politiker sind für ihn „Volksfeinde“, die ebenfalls liquidiert werden müssten. Sowohl in der Wortwahl „großer Austausch“, „Invasion“ und der rassistischen Ideologie als auch in der Propagierung von Gewalt ist es von dem Manifest des Naziterroristen zu AfD-Propaganda-Seiten nicht weit. Letzte Woche propagierte die Wandsbeker AfD auf ihrer Facebookseite einen Galgen für die Kanzlerin (siehe PM vom 13. März 2019).

Stringente Rechtsentwicklung der AfD

Die Partei hat sich seit 2015 deutlich nach rechts entwickelt – auch in Hamburg. Erinnerung sei an den Austritt des Ökonomen Prof. Bernd Lucke und seiner Gefolgschaft aus der Partei, an die weitere Abspaltung von Frauke Petry und AnhängerInnen und zuletzt in Hamburg an den Austritt des letzten konservativen Feigenblattes, Prof. Jörn Kruse, im Herbst letzten Jahres. Nach dem Austritt von Kruse sind im Hamburger Landesverband nur noch die Karrieristen, Hasardeure und extrem rechten Agitatoren übriggeblieben. Auch der vor einem guten Monat an die Öffentlichkeit gelangte Bericht des Verfassungsschutzes belegt die stringente Rechtsentwicklung der Gesamtpartei, sowie Kontakte von Hamburger Funktionären in die extreme Rechte. Dass der Geheimdienst einstweilen nicht mehr öffentlich über den „Prüffall AfD“ berichten darf, ändert nichts an der Tatsache, dass weiterhin geprüft wird.

Der hilflose Antifaschismus von rot-grün

"Um tolerant zu sein, muss man die Grenzen dessen, was nicht tolerierbar ist, festlegen", sagte der italienische Schriftsteller Umberto Eco schon 1993 in einem Interview der ZEIT bezüglich des Umgangs mit der Neuen Rechten. Rein formal gesehen ist das Bezirksamt (BA) nicht zu der Vermietung an die AfD verpflichtet. In der uns vorliegenden Nutzungsordnung steht „kann“ an politische Parteien vermietet werden, nicht wie fälschlich in der Pressemitteilung des BA behauptet „soll“. Wie weit die Toleranz gehen könnte, offenbarte der Pressesprecher des BA auf Nachfrage: Man hätte auch an die Partei NPD vermietet.

Und im Wandsbeker Wochenblatt vom 8. März bedauerten die Abgeordneten von SPD und Grünen nicht, dass sie gezwungen seien der AfD Räume zu vermieten, sondern begrüßten

die Entscheidung geradezu. „Versammlungsfreiheit gehört zu den Grundprinzipien unserer Demokratie“ belehrte Maryam Blumenthal (Grüne) und unterschlägt, dass hier die Versammlungsfreiheit im privatem oder öffentlichen Raum gemeint ist, nicht jedoch Räume für die man selbst das Hausrecht hat. Und Anja Quast (SPD) meint „Wir wollen die AfD mit Argumenten besiegen und nicht in die Opferrolle drängen.“

Wer die Neue Rechte mit Argumenten besiegen möchte, versteht die Funktion ihrer Reden und Diskurse grundsätzlich falsch. Es reicht ein Blick in die Hamburgische Bürgerschaft um festzustellen, dass die AfD das Parlament als Propaganda-Bühne missbraucht und gar keinen gleichberechtigten Wettstreit der Argumente sucht. Ginge es der Partei tatsächlich um das konstruktive Aushandeln von Kompromissen und letztendlich Gesetzen, für die das Parlament als Legislative zuständig ist, würde sich die Partei auch mit Beiträgen in den Ausschüssen beteiligen – macht sie aber nicht.

Und auch die Opferrolle in welche die AfD sich sowieso gerne begibt, funktioniert nur dann, wenn sie denn von bürgerlichen Parteien und Medien entsprechend rezipiert wird. Der Historiker Volker Weis schreibt dazu „Gewachsen ist diese Neue Rechte, die in erheblichem Umfang noch immer die alte ist, somit weniger an ihren Gegnern als an deren Gesprächsangeboten, die sie erst zu akzeptablen Partnern machten.“

Falsch verstandene Toleranz damals wie heute

In dem sich das Amt und fast alle Fraktionen in der Bezirksversammlung, auf das formale Argument der „demokratisch gewählten Partei“ berufen, scheuen sie gerade vor einer inhaltlichen Grenzziehung bezüglich einer Politik, die Minderheiten und Demokratie verachtet, zurück. Wohin eine grenzenlose Duldung führt, prophezeite schon 1928 Joseph Goebbels, Vertreter einer später demokratisch an die Macht gewählten Partei, im Völkischen Beobachter: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache.“

Wir stellen uns gegen die AfD, denn sie ist keine normale Partei. Wir stellen uns gegen ihren Rassismus und die beabsichtigte Spaltung der Gesellschaft. Wir verteidigen eine offene, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft in Hamburg für alle Menschen unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht und sexueller Orientierung. Und wir fordern: Keine falsch verstandene Toleranz für Rassismus und rechte Hetze.

Gemeinsam gegen rechte Hetze – Für eine solidarische Gesellschaft!

Hamburger Bündnis gegen Rechts

**Kundgebung "Keinen Raum der AfD," Schlosstr. / Ecke Am Alten Posthaus
Sonntag, 24. März, 8:30 - 10:00 Uhr**